Abendausgabe

Nr. 267 ◆ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 131

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreiſe
ſind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenſtraße 3
Fernſprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adreſſe: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands

10 Pfennig

Mittwoch
8. Juni 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geſchäftszeit 8½ bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3
Fernſprecher: Dönhoff 292 – 297

Sowjetnote nach Warſchau.

Moskau glaubt an Warſchaus Verantwortlichkeit, doch will es Beweiſe abwarten.

Moskau, 8. Juni. (WTB.) Litwinow überreichte dem polniſchen Geſandten in Moskau eine Note, in der es u. a. heißt: Die Regierung der Sowjetunion bringt die Ermordung ihres bevollmächtigten Vertreters Wojkoff in Zuſammenhang mit einer ganzen Reihe von Akten, die auf die Zerſtörung der diplomatiſchen Vertretung der Sowjetunion im Auslande hinzielen. Die Ueberfälle auf die Sowjetbotſchaft in Peking, die Belagerung des Konſulats in Schanghai, der Polizeiüberfall auf die Handelsdelegation in London und der Abbruch der diplomatiſchen Beziehungen durch England hat die Tätigkeit terroriſtiſcher Gruppen von Reaktionären entfeſſelt, die in ihrem Haß gegenüber der Arbeiterklaſſe zur Waffe des politiſchen Mordes greifen.

Die Regierung der Sowjetunion ſieht in der Ermordung ihres Geſandten auch eine Folge davon, daß von ſeiten der polniſchen Regierung nicht alle notwendigen Maßnahmen gegen die verbrecheriſche Tätigkeit ruſſiſcher konterrevolutionärer terroriſtiſcher Organiſationen ergriffen wurden. Die ruſſiſche Regierung warnte die polniſche Regierung wiederholt vor der Möglichkeit provokatoriſcher Verbrechen und glaubt, daß die polniſche Regierung die Verantwortung für das Geſchehene nicht abzulehnen vermag. Sie behält ſich das Recht vor, nach Eintreffen erſchöpfender Nachrichten über das in Warſchau verübte Verbrechen zu dieſer Frage zurückzukehren.

Das Beileid Polens. — Strenge Unterſuchung zugeſagt.

Moskau, 8. Juni. (WTB.) Der polniſche Geſandte Patek beſuchte Litwinoff, dem er im Auftrage der polniſchen Regierung ſein tiefſtes Beileid anläßlich der Ermordung Wojkoffs ausſprach und das Verbrechen verurteilte. Patek teilte Litwinoff mit, daß die Unterſuchung mit größter Energie geführt werden wird und die Schuldigen mit der ganzen Strenge des Geſetzes beſtraft werden.

*

Die Sowjetnote iſt ein unerfreuliches Zeichen für die Spannungen, die zwiſchen Moskau und Warſchau beſtehen. Die Tonart iſt aber nicht nur dieſer Spannungen wegen verhältnismäßig ſcharf. Sie iſt auch, vielleicht vor allem, auf den inneren Eindruck berechnet. Die Moskauer Machthaber müſſen halbwegs energiſch auftreten; deshalb ziehen ſie die Verantwortlichkeit der polniſchen Regierung an den Haaren herbei, obſchon ſie keinerlei Beweiſe dafür anführen können, daß ein Zuſammenhang der terroriſtiſchen Mordtat eines jungen Emigranten mit den politiſchen Zielen Polens beſteht.

Iſt der Ton der Sowjetnote auch ſcharf, ſo enthält ſie doch keine andere Drohung, als auf die Frage der Verantwortlichkeit zurückzukommen, falls ſich dafür Anhaltspunkte ergeben. So unterſcheidet ſich die Moskauer Politik deutlich von der Propaganda, die die „Rote Fahne" mit der Mordtat treibt. Das deutſche Kommuniſtenorgan behauptet ſchlechtweg:

> „Die polniſche Regierung hat die Hand im Spiel; ſie hat den Mord gebilligt."

Das iſt eine antipolniſche Propagandalüge. Wenn man irgendwo das kommuniſtiſche Zentralorgan politiſch ernſt nehme, müßte man derartige Beſchuldigungen als „infame Kriegshetze" bezeichnen. Immerhin iſt es erſtaunlich, daß die Berliner Sowjetbotſchaft, die einſt das Kommando über die „Rote Fahne" hatte, es ſich gefallen läßt, daß der ruſſiſchen Staatspolitik von der kommuniſtiſchen Parteipropaganda derart Knüppel zwiſchen die Beine geworfen werden. Aber vielleicht iſt ſie der Auffaſſung geworden, daß es für die Sowjetunion politiſch gänzlich gleichgültig iſt, was das Berliner Kommuniſtenorgan tut oder unterläßt . . .

Tſchitſcherin bei Streſemann.

Streſemann und Tſchitſcherin ſind in Baden-Baden zuſammengetroffen. Während der deutſche Außenminiſter bereits nach Berlin zurückgekehrt iſt, wird der ruſſiſche morgen auf ſeiner Rückreiſe nach Moskau hier eintreffen.

Der neue Saarpräſident — von Streſemann ernannt.

Genf, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Ernennung des engliſchen Diplomaten Sir Ernſt Wilton zum Präſidenten der Saarregierung iſt heute vom Völkerbundsſekretariat offiziell bekannt gegeben worden.

*

Der Völkerbundsrat hatte im März beſchloſſen, den Nachfolger des Kanadiers Stephens von dem amtierenden Ratsvorſitzenden ernennen zu laſſen. Da es vor der Junitagung gelungen iſt, einen geeigneten Nachfolger zu finden, hat alſo der Reichsaußenminiſter die Ernennung vollzogen.

Verſtärkung für Keudell.

Es ſoll der Schule an den Kragen gehen.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Miniſterialrat Löffler aus dem württembergiſchen Kultusminiſterium iſt auf einige Zeit in das Reichsminiſterium des Innern zur Bearbeitung dringlicher Schul- und Bildungsfragen einberufen worden.

*

Württembergiſcher Kultusminiſter iſt Herr Bazille. Seine Schulpolitik iſt dadurch gekennzeichnet, daß er gegen den Willen einer Landtagsmehrheit, gegen den Willen der geſamten württembergiſchen Lehrerſchaft die Durchführung des achten obligatoriſchen Schuljahres in Württemberg ſabotiert hat. In dieſem Geiſte wird Herr von Keudell Bildungs- und Schulfragen bearbeiten laſſen.

Paris und der ſerbiſch-albaniſche Konflikt.

Wieder einmal ſoll der Völkerbund ausgeſchaltet bleiben!

Paris, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In hieſigen diplomatiſchen Kreiſen bemüht man ſich, dem ſerbiſch-albaniſchen Konflikt jede Bedeutung abzuſprechen. Der Quai d'Orſay, der ſich bisher den neuen Verwicklungen auf dem Balkan gegenüber größte Zurückhaltung auferlegt hat, erklärte am Dienstag abend, daß von einem Abbruch der diplomatiſchen Beziehungen keine Rede ſein kann, nachdem der albaniſche Geſandte noch nicht aufgefordert worden iſt, Serbien zu verlaſſen. Aus dieſem Grunde könne auch vorläufig eine Aktion des Völkerbundes nicht in Frage kommen. Die albaniſche Regierung habe zwar in Genf gegen das Vorgehen Serbiens proteſtiert, die diesbezügliche Note enthalte aber keinerlei Erſuchen, um eine Intervention des Völkerbundes daraufhin zu veranlaſſen. Als geeignetſte Methode zur Beilegung des Zwiſchenfalls wird hier eine Vermittlungsaktion der Großmächte bezeichnet, und in unterrichteten Kreiſen verſichert man, daß die franzöſiſche Regierung bereits am Dienstag ihren Geſandten in Belgrad mit einer diesbezüglichen Miſſion beauftragt hat.

Es ſcheint alſo, daß der Völkerbund ſich auch diesmal wieder nicht mit den Zuſtänden auf dem Balkan beſchäftigt. Der Grund hierfür iſt in der kategoriſchen Weigerung Italiens, in Genf das Adriaproblem und im Zuſammenhang damit den ſchwierigen Komplex der italieniſch-jugoſlawiſchen Streitfragen aufwerfen zu laſſen, zu erblicken.

Albanien ſchildert, wie Südſlawien den Bruch vollzog.

Genf, 8. Juni. (WTB.) Die albaniſche Regierung erklärt in dem an den Völkerbund geſandten Bericht, daß die Verhaftung des an der ſüdſlawiſchen Geſandtſchaft als Dolmetſcher tätigen Albaners Djuraskowitſch durch bei der Hausſuchung aufgefundene Papiere vollſtändig gerechtfertigt ſei. Die Forderung des jugoſlawiſchen Geſchäftsträgers auf Freilaſſung des Verhafteten erſcheine der albaniſchen Regierung als ungerechtfertigt, da ſie niemals von irgendeiner amtlichen Eigenſchaft des Djuraskowitſch unterrichtet worden ſei. Selbſt wenn das der Fall geweſen wäre, könne ein albaniſcher Staatsangehöriger im Dienſte einer Geſandtſchaft in Tirana in keiner Weiſe Immunität und Exterritorialität für ſeinen privaten Wohnſitz geltend machen. Jedoch ſei die albaniſche Regierung auf die dringlichen Vorſtellungen des jugoſlawiſchen Geſchäftsträgers hin entſchloſſen geweſen, die Angelegenheit in entgegenkommendſter Weiſe zu prüfen. Trotzdem habe der ſüdſlawiſche Geſchäftsträger am 31. Mai an das albaniſche Außenminiſterium ein heftiges Proteſtſchreiben gerichtet, in dem die Haltung der albaniſchen Regierung als brutal und gegen das internationale Recht verſtoßend bezeichnet wurde. Die albaniſche Regierung habe den ſüdſlawiſchen Geſchäftsträger darauf aufmerkſam gemacht, daß dieſer Brief die verſöhnlichen Abſichten der albaniſchen Regierung nicht fördern könne. Die albaniſche Regierung habe alle ihre Bemühungen darauf gerichtet, die Regierung in Belgrad von der Notwendigkeit der Milderung der in dem Briefe vom 31. Mai gebrauchten Ausdrücke zu überzeugen, von welcher Milderung ſie die ſofortige Freilaſſung des Verhafteten abhängig machte. „Nach mehrtägigen Bemühungen haben wir die ſchmerzliche Ueberraſchung erfahren, als Ergebnis der Unnachgiebigkeit der Regierung von Belgrad das Erſuchen um Zuſtellung der viſierten Päſſe für den Geſchäftsträger und das Perſonal der Geſandtſchaft in Tirana zu erhalten."

Konflikt in der Labour Party Auſtraliens.

Der Miniſterpräſident Lang ausgeſchloſſen.

London, 8. Juni. Eigener Drahtbericht.) Die bereits viele Monate dauernde Kriſe innerhalb der auſtraliſchen Arbeiterpartei hat nunmehr mit dem Ausſchluß des Miniſterpräſidenten von Neu-Südwales, Lang, und einiger ſeiner Miniſterkollegen ihren Höhepunkt erreicht.

Der Geſamtvorſtand der auſtraliſchen Arbeiterpartei hat ein Manifeſt erlaſſen, in dem es heißt, daß Lang durch anmaßende und diktatoriſche Gewaltmaßnahmen zum Verräter an der Arbeiterbewegung geworden iſt. Die bevorſtehenden Neuwahlen in Neu-Südwales werden alſo zwei verſchiedene Gruppen der Arbeiterpartei im Wahlkampfe ſehen, die offizielle der auſtraliſchen Arbeiterpartei und die ſtark unter kommuniſtiſchem Einfluß ſtehende Gruppe, welche unter Führung des Miniſterpräſidenten Lang ſteht und in den örtlichen Gewerkſchaftskartellen ihre Stützpunkte hat. Lang hatte die gegenwärtige Regierung ſeinerzeit mit der ausgeſprochenen Abſicht auf den verſtärkten Einfluß der Radikalen gebildet, um den Streit innerhalb der Partei zum offenen Kampf zu treiben und die Entſcheidung in einem Wahlkampf zu ſuchen.

Acht Jahre politiſche Juſtiz.

Das Zuchthaus als politiſche Waffe.

Von Felix Fechenbach.

> Gerechtigkeit iſt ein ſchön Ding,
> Aber es gibt auch Juſtiz.
> (Glaßbrenner.)

Der Gegenſatz zwiſchen Gerechtigkeit und Juſtiz iſt in der deutſchen Republik ſo gewaltig geworden, daß ihm mit der Reform des Strafgeſetzbuches allein nicht beizukommen iſt. Nirgends zeigt ſich der Widerſpruch zwiſchen dem geſunden Rechtsempfinden des Volkes und den Methoden unſerer Rechtspflege deutlicher, als in Prozeſſen mit ſozialem und politiſchem Hintergrund. Bei Betrachtung der politiſchen Prozeſſe in Deutſchland ſeit 1919 kommt man immer wieder zu dem Ergebnis, daß gegen Rechts und Links nicht gleiches Recht geſprochen wird. In den meiſten politiſchen Prozeſſen wird gegen Angeklagte, die Republikaner, Pazifiſten, Sozialdemokraten oder Kommuniſten ſind, mit rückſichtsloſeſter Schärfe vorgegangen, ſie bekommen die ganze Schwere veralteter Geſetze zu fühlen und oftmals ergehen gegen ſie die unhaltbarſten Urteilsſprüche. Ganz anders, wenn ein politiſch rechts gerichteter Angeklagter vor Gericht ſteht. Alle Möglichkeiten einer Freiſprechung werden herausgetüftelt, die ſtrafmildernden Momente liebevoll ergründet und angewandt. Selbſt verabſcheuungswürdige Roheitsdelikte, ja Mordtaten, finden bei manchen Richtern verſtändnisvolle Milde. Das Gericht weiß die Tat zu entſchuldigen und gießt die ganze Fülle ſeiner Gnadenſonne über den „nationalen" Sünder aus. Man erinnere ſich nur an die Fememordprozeſſe.

Auf der gleichen Linie liegt die Behandlung der Zeugen. Der Angehörige irgendeiner „vaterländiſchen" Organiſation, der ehemalige Offizier, überhaupt jeder „national" drapierte Zeuge iſt der vollkommenſten Höflichkeit in der Behandlung durch das Gericht ſicher, ſeine Ausſagen werden vollgewichtig gewertet. Aber der linksſtehende Zeuge, der Reichsbannermann, der Gewerkſchaftler, Sozialdemokrat und Kommuniſt iſt von vornherein verdächtig; er wird entſprechend behandelt und ſeine Ausſage erfährt eine Würdigung, die der Einſchätzung des Zeugen durch den Richter entſpricht. Daß auch bei Schöffen- und Schwurgerichten ſo verfahren werden kann, liegt an der Methode der Auswahl der Laienrichter, bei der größte Willkür herrſcht.

Es handelt ſich hier keineswegs um Einzelfälle. Im Gegenteil. Es ſind Ausnahmen, wenn in politiſchen Prozeſſen Angeklagte und Zeugen anders behandelt werden. Daran trägt nicht unſer veraltetes Strafgeſetzbuch die Schuld, ſondern unſere Richter, die ihre alte, aus dem Obrigkeitsſtaat überkommene Denkweiſe, gegründet auf Erziehung und geſellſchaftliche Tradition, unter völlig veränderten politiſchen Verhältniſſen heute noch in der Rechtſprechung politiſch betätigen können. Die Wellen der Revolution, die immerhin einiges Alte weggeſpült haben und die Möglichkeiten zum politiſchen Aufſtieg der Arbeiterklaſſe ſchufen, reichten nicht bis hinauf zur Höhe des Richtertiſches. Das Juſtizweſen blieb unverändert im innerſten Kern. So nur iſt es immer noch möglich, daß ſich die reaktionären Anſchauungen vieler Richter in politiſchen Tendenzurteilen gegen Republik und Republikaner austoben können. Es ſei nur an das vor einigen Tagen ergangene Spandauer Urteil gegen den Oberamtsanwalt Graf Luſi erinnert. Dieſer „nationale" Herr durfte den verſtorbenen Reichspräſidenten Ebert ſchmähen, konnte die Republik als „Moſtrichrepublik" beſchimpfen und wurde ſelbſtverſtändlich — freigeſprochen.

Es ſoll hier darauf verzichtet werden, ähnliche und ſchlimmere Fälle aufzuzählen. Aber auf eine verdienſtvolle Arbeit ſei in dieſem Zuſammenhang hingewieſen. Die Deutſche Liga für Menſchenrechte hat dem Reichsjuſtizminiſterium und den Juſtizminiſtern der Länder eine Denkſchrift über die politiſche Juſtiz zugehen laſſen. Die Denkſchrift iſt als Buch erſchienen unter dem Titel: „Das Zuchthaus als politiſche Waffe. — Acht Jahre politiſche Juſtiz." (Verlag Henſel u. Co., Berlin W.) Dies Buch will ein Kampfmittel ſein für die Gerechtigkeit, und das iſt es in hohem Maße. Hier wird nicht kritiſiert aus Freude am Tadel. Tiefernſter, ehrlicher Wille, dem Juſtizunrecht zu ſteuern, iſt hier am Werke. Das Buch verzichtet auf billige Schlagworte und langatmige Anklagen. Aber wertvolles Material gegen die politiſche Juſtiz bringt es, Material, das auch die Gleichgültigſten aufrütteln muß. Deshalb wird das Buch eine wichtige Waffe ſein für alle, die im Tageskampf gegen Juſtizunrecht und -willkür ſtreiten. Juſtiztabellen und vergleichende Gegenüberſtellungen von Urteilen gegen Rechts und Links bei ähnlich gelagertem Sachverhalt geben ein plaſtiſches Bild von der Rechtsungleichheit in der Republik. In der reichen Materialſammlung, die dieſes Buch bietet, findet wir alle großen Juſtizſkandale der letzten Jahre wieder: den Prozeß des verſtorbenen Reichspräſidenten Ebert, den Fall Haas-Magdeburg, die Prozeſſe gegen den Oberbürgermeiſter Luppe, gegen Loeb, gegen Stoelzel. Einen großen Teil anderer Prozeſſe, die ebenfalls nichts anderes bedeuten, als Verfolgung von Republikanern. Wir finden, überſichtlich geordnet, Freiſprüche wegen Beſchimpfung der Reichsfarben und der Republik, Prozeſſe gegen das Reichsbanner, Hochverratsprozeſſe, die keine ſind, ſolche, in denen die Geſinnung beſtraft wird, die literariſchen Hochverratsprozeſſe und dann die Flut der großen Landesverratsprozeſſe, die ſich geradezu zu einer

Seuche ausgewachſen haben. Die Namen Dieß, Quidde, Bullerjahn, Wandt, Fechenbach rufen Erinnerungen an ſchlimmſte Juſtizwillkür wach.

Dieſes Erinnern tut not, denn wir haben ein verteufelt ſchlechtes Gedächtnis in unſerer ſchnellebigen Zeit. Die antiſemitiſche Rechtſprechung, die Prozeſſe um die Schwarze Reichswehr, die Fememordprozeſſe, die Eingriffe der Juſtiz in das Streikrecht, alle dieſe Fälle, die in den letzten Jahren die Juſtizkriſe bis zur Unerträglichkeit geſteigert haben, finden hier knappe Würdigung. Gerade in dieſer Häufung zeigen die Juſtizſkandale aus den erſten acht Jahren der deutſchen Republik, daß nicht vereinzelte Fehlſprüche vorliegen. Vielmehr wird beim Leſen dieſes Buches deutlich: Unſere Juſtiz iſt krank im innerſten Weſen und ſie bedarf der Reform an Haupt und Gliedern! Deshalb werden auch praktiſche Maßnahmen für die Juſtizreform vorgeſchlagen, die ernſteſte Beachtung verdienen.

Die Rechtsfindung unſerer Richter iſt — im beſten Falle — unbewußt beeinflußt durch ihre konſervative Ueberzeugung von der Unveränderlichkeit der Wirtſchafts-, Geſellſchafts- und Rechtsordnung, mit der ſie aufgewachſen ſind. Aber es gibt viel bösartigere Fälle. Es gibt Richter in Deutſchland, denen Rechtsempfinden Gegenſatz zu Linksempfinden geworden iſt. Es gibt Richter — beſonders in politiſchen Prozeſſen — denen nicht nur die Fähigkeit, ſondern der Wille fehlt, objektiv Recht zu ſprechen. Noch mehr: Es gibt Richter, die ſich bewußt zu Schildknappen antirepublikaniſcher, nationaliſtiſcher und völkiſcher Beſtrebungen machen, die mit voller Abſicht die Juſtiz zu einer politiſchen Kampfwaffe der Reaktion gegen Anhänger der republikaniſchen Staatsform erniedrigen. Das Zuchthaus iſt in den Händen ſolcher Richter zur politiſchen Waffe geworden. Das muß einmal ohne Rückhalt geſagt werden. Die Erfahrungen, die in den erſten acht Jahren der Republik bei den verſchiedenſten politiſchen Prozeſſen gemacht wurden, ermächtigen, ja verpflichten zu dieſer Feſtſtellung im Namen des Rechts. Das Uebel liegt in der Perſon vieler Richter ſelbſt und deshalb muß die Reform dort einſetzen, wo Möglichkeiten geſchaffen werden können, Richter, die ſich gegen den Geiſt der beſtehenden Verfaſſung verſtoßen, Richter, die zweierlei Recht gegen Rechts und Links ſprechen, zur Verantwortung zu ziehen. Die Denkſchrift der Deutſchen Liga für Menſchenrechte ſchlägt dazu eine Reihe von praktiſchen Maßnahmen vor. Es ſeien hier nur einige wenige davon ſchlagwortartig angeführt: Oeffentliche Durchführung der Diſziplinarverfahren gegen Richter und Erleichterung der Einleitung ſolcher Verfahren. Erfüllung der Forderung des Preußiſchen Landtags vom Juli 1922: Die Beſetzung der oberſten Richterſtellen und Perſonaldezernenten durch Republikaner. Ermöglichung des Einſpruchs durch den Juſtizminiſter bei der Geſchäftsverteilung.

Der entſchiedenſte Kampf gegen die politiſche Juſtiz iſt eine unabweisbare Notwendigkeit geworden. Und dieſer Kampf muß in aller Oeffentlichkeit geführt werden. Wie uns keine Freiheit wird, für die wir nicht gelitten, ſo wird uns kein Recht werden, für das wir nicht gekämpft! Wer ſich in dieſem Kampf abſeits ſtellt, macht ſich mitſchuldig an all dem namenloſen Unrecht, das tagtäglich geſchieht. Der Kampf gegen die politiſche Juſtiz muß ſolange fortgeführt werdeen, bis Juſtiz und Gerechtigkeit wieder eine Einheit ſind!

Albanien beſchwert ſich nicht. Die albaniſche Regierung hat auf Anfrage des Völkerbundsſekretariats mitgeteilt, daß ihre Note vom 6. d. M. über den Zwiſchenfall mit Südſlawien den Mitgliedern des Völkerbundsrates als Information mitgeteilt werden ſoll.

Poſſe nach Paris. Die deutſche Delegation für die deutſch-franzöſiſchen Handelsvertragsverhandlungen iſt unter Führung von Herrn Miniſterialdirektor Poſſe vom Reichswirtſchaftsminiſterium geſtern abend zur Fortſetzung der Verhandlungen nach Paris abgereiſt.

Hindenburg „ſittlich angefreſſen".

„Ermattete, hinfällige Geiſter."

Das Geſetz zum Schutz der Republik iſt verkündet. Es ſteht im „Reichsgeſetzblatt" Nr. 22 und trägt die Unterſchriften:

Der Reichspräſident
von Hindenburg
Der Reichsminiſter des Innern
von Keudell
Der Reichsminiſter der Juſtiz
Hergt.

Ob dieſer Verkündung ſtimmt die „Deutſche Zeitung" einen Klagegeſang an. Hindenburg, ſchreibt ſie, hätte das Geſetz, das dem Kaiſer die Rückkehr verbietet, nicht unterſchreiben, er hätte lieber eine Volksabſtimmung anordnen ſollen. Die „Deutſche Zeitung" überſieht gefliſſentlich, daß ſich Hindenburg dadurch in Gegenſatz zu ſeinen deutſchnationalen Miniſtern geſtellt hätte, die als Abgeordnete für das Geſetz geſtimmt und ihm ſeine Unterzeichnung empfohlen haben. Statt ſich an die Verantwortlichen zu halten, wendet ſich die „Deutſche Zeitung" gegen den Reichspräſidenten mit folgenden Ausführungen:

> Worauf es nach unſerer Ueberzeugung ankommt, iſt einzig und allein, daß ein ſolches Geſetz nimmermehr durch den Reichspräſidenten von Hindenburg zuſtande kommen durfte — um der Seele des deutſchen Volkes willen! Täuſchen wir uns doch darüber nicht: Die **politiſche Verwahrloſung** unſeres Volkes iſt keineswegs im Abnehmen; ſie wächſt erſchreckend an. Solange es ſich, wie in den erſten Nachkriegsjahren, hauptſächlich um **Verfallserſcheinungen** in ſowieſo ſittlich angefreſſenen Bevölkerungsſchichten handelte, brauchte man noch nicht zu verzagen. Jetzt aber hat die Gefahr auf die beſten nationalen Kreiſe übergegriffen. Die Gleichgültigkeit und Stumpfheit wird allmählich grauenerregend. „Es lohnt doch nicht mehr", das iſt eine ſtete Redensart. Und dieſe Auffaſſung hat durch die verhängnisvolle Handlung des Reichspräſidenten jetzt eine neue Beſtätigung erhalten — **für ermattete, hinfällige Geiſter.**

Es ſcheint, daß im „nationalen Lager" heute weniger Mut dazu gehört, mit Hindenburg anzubinden als mit Keudell und Hergt. Denn wenn alles das, was die „Deutſche Zeitung" über „Verfallserſcheinungen" und „ſittliche Angefreſſenheit" und „politiſche Verwahrloſung" ſagt, richtig iſt, dann trifft es nicht den Reichspräſidenten, ſondern die verantwortlichen Miniſter, die zu ſeiner Deckung da ſind oder da ſein ſollten. Bisher allerdings haben ſie nur in aller Stille für das umkämpfte Geſetz geſtimmt und es durch ihre Unterſchriften verſchönt, ohne ihr Verfahren auch nur mit einem Wort zu begründen und zu rechtfertigen. Ob ſie jetzt zum Schutz des zu Unrecht an ihrer Statt angegriffenen Reichspräſidenten das Wort nehmen werden, muß man abwarten.

Eine jüdiſche Angelegenheit.

Der Flug Chamberlins und Levines nach Berlin.

Den Ozeanflug nach Deutſchland kann man aus verſchiedenen Geſichtswinkeln betrachten. Nach der „Roten Fahne" iſt anzunehmen, daß die beiden Flieger als Agenten der Bourgeoiſie und der von ihr gekauften Sozialdemokratie gekommen ſind, um die Aufmerkſamkeit von dem „Roten Pfingſttreffen" abzulenken. Anders nimmt ſich die Sache wieder in der völkiſchen Preſſe aus. Nachdem die „Deutſche Zeitung" ſchon bemerkt hatte, daß die beiden Flieger durchaus keine Helden im deutſchen Edelſinne ſind, hat das „Deutſche Tageblatt" die richtige „Quelle der Begeiſterung" entdeckt:

> Herr Levine (aus dem bekanntlich ſehr „berühmt" gewordenen Geſchlecht der Levin, das ja über allerhöchſte Beziehungen in Deutſchland verfügt) „managte" die Sache. Wie man ſieht, mit dem gewünſchten Erfolg, daß einer der „Auserwählten" als der große Pionier der Welt von der inſtinktloſen Maſſe gefeiert wird.
>
> Und dieſen Levine hat Kottbus zum Ehrenbürger gemacht, und der deutſche Botſchafter in Waſhington, v. Maltzan, hat an Frau Levine ein Danktelegramm geſchickt, weil ihr Mann den Flug nach Deutſchland organiſiert hat! Und dabei iſt doch der ganze Einfall, per Luft nach Deutſchland zu kommen, nichts anderes als wieder einmal eine echt jüdiſche Zudringlichkeit.

Bolſchewiki und Sozialiſtiſche Internationale

Iſt eine Einigung möglich?

In der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht der frühere führende Kommuniſt, Reichstagsabgeordneter Dr. Roſenberg, der bekanntlich aus der KPD. ausgetreten iſt, einen intereſſanten Artikel, in dem er die Frage unterſucht, ob eine Einigung zwiſchen der Sozialiſtiſchen Arbeiterinternationale und den ruſſiſchen Bolſchewiki möglich iſt. Roſenberg beantwortet dieſe Frage außerordentlich optimiſtiſch. Er ſetzt den Unterſchied zwiſchen dem Altkommunismus und dem Neukommunismus auseinander, der gegenwärtig gegenüber dem erſten überall das Feld erobert habe. Der Altkommuniſt glaube, daß wir in einer akut revolutionären Periode leben, während der Neukommuniſt oder Staliniſt genau ſo wie der Sozialdemokrat eine relative Stabiliſierung des Kapitalismus anerkenne. Nach neukommuniſtiſcher Lehre charakteriſiere dieſe Stabiliſierung den ganzen jetzigen geſchichtlichen Abſchnitt. Es gebe alſo keine „Revolution zu organiſieren". Eine politiſche Bewegung könne aber nicht davon leben, daß ſie den Arbeitern verſpricht, irgendeinmal, vielleicht wenn es gut geht, in zwanzig Jahren, Revolution zu machen.

Auch der Gegenſatz zwiſchen Demokratie und Diktatur hat ſich nach Roſenberg ſtark gemildert, da der Neukommunismus die Diktatur nur in Uebereinſtimmung mit der Mehrheit des Proletariats durchführen wolle. Der Neukommunismus bejahe auch die Frage der Mitarbeit im kapitaliſtiſchen Staat praktiſch und poſitiv, wie die Beteiligung an der Weltwirtſchaftskonferenz beweiſe. Durch die Schuld der Komintern ſei jetzt Rußland nicht nur von den kapitaliſtiſchen Großmächten iſoliert, ſondern auch von der großen Mehrheit der weſteuropäiſchen Arbeiterſchaft und von der nationalen Freiheitsbewegung Aſiens. Da aber die Verteidigung der ruſſiſchen Revolution trotz alledem ein Lebensintereſſe des Weltproletariats ſei, müſſe die Frage der Aufnahme der Bolſchewiki in die Sozialiſtiſche Internationale geſtellt werden. Jene müßten dann auf alle „Zellenbauerei" innerhalb der ausländiſchen Arbeiterbewegung verzichten. Auf der anderen Seite dürfte die Sozialiſtiſche Internationale keine Tendenzen mehr unterſtützen, die ſich gegen die Herrſchaft der Bolſchewiki in Rußland richten, was eine veränderte Stellung nicht nur zu den Linkskommuniſten, ſondern auch zu den Menſchewiki bedingen würde. Damit wäre es auch mit der Dritten Internationale zu Ende. Es würden nur bedeutungsloſe linkskommuniſtiſche Splitter übrig bleiben.

Dr. Roſenberg meint, den realiſtiſchen ruſſiſchen Staatsmännern ſollte dieſer Schritt nicht zu ſchwer fallen, da ja die Komintern heute der ſchlimmſte Paſſivopoſten im Konto Sowjetrußland ſei. Dazu muß bemerkt werden, daß eine Neigung der führenden Männer Rußlands nach den Ratſchlägen Roſenbergs zu handeln, bisher nirgends zu erkennen geweſen iſt. Verſuche der ſozialdemokratiſchen Preſſe, ein beſſeres Verhältnis zwiſchen der europäiſchen Arbeiterbewegung und dem offiziellen Rußland herbeizuführen, haben bisher nie ein anderes Ergebnis gezeitigt, als wütende Schimpfereien der ruſſiſchen Preſſe. Die Sozialiſtiſche Arbeiterinternationale hat übrigens niemals Tendenzen unterſtützt, die ſich gegen die Herrſchaft der Bolſchewiki in Rußland richten — es wäre denn, daß man unter dieſen Tendenzen die geiſtigen Strömungen verſtehen wollte, die ſich gegen die Unterdrückung aller demokratiſchen Freiheiten in Rußland wenden. Vertreter dieſer geiſtigen Strömungen in der Internationale ſind vor allem auch die im Exil lebenden Menſchewiki, denen die Sozialiſtiſche Internationale wohl niemals das Heimatsrecht in ihren Reihen verweigern wird. So käme es viel weniger auf ein verändertes Verhältnis der Sozialiſtiſchen Arbeiterinternationale zu den Menſchewiki als vielmehr auf ein verändertes Verhältnis der Bolſchewiki zu jenen an.

Sicher iſt nur ſoviel, daß Roſenberg ein äußerſt intereſſantes Problem berührt. Die herrſchende Partei eines großen Reiches, die ſozialiſtiſch, wenn auch nicht zugleich demokratiſch ſein will,

---

Duplizität der Fälle.

Von Felix Scherret.

Immerhin hatte Kolumbus nach der ſenſationellen Entdeckungsfahrt ſechs Jahre Zeit, über ſeine plötzliche Berühmtheit nachzudenken, ehe ſein Konkurrent Vasco da Gama den Seeweg nach Oſtindien ernſthaft ſuchen ging. Der Rhythmus der Zeit war eben behäbig, und jeder Forſcher oder Abenteurer hatte die Gewißheit, wenigſtens auf einige Zeit der Geſprächsſtoff bei den äſthetiſchen Tees irgendeines kleinen Renaiſſance-Potentaten zu bleiben, gemeinſam mit ſeltſamen Affen, Hofnarren, Malern oder Plato. Es waren glückliche Zeiten, die Sonne ſtrahlte länger. Es exiſtierte noch nicht der wilde Exiſtenzkampf. Der ungehemmte Anſturm auf den photographiſchen Apparat, die große Sehnſucht nach der Großaufnahme in einer Wochenſchau.

Die Gegenwart iſt unliebenswürdiger, unkollegialer. Kommt einmal ein Menſch auf die nicht gerade alltägliche Idee, durchaus den Nordpol zu entdecken, dann tritt mit mathematiſcher Gewißheit die Duplizität der Fälle ein, denn ein anderer fühlt plötzlich die dringende Notwendigkeit in ſich, ebenfalls den Nordpol ſich näher anzuſehen. Jeder Cook findet ſeinen Peary und jeder Amundſen ſeinen Scott. In dieſem Augenblick gibt es keine andere intereſſante Gegend auf der Erde als nur die, die der andere berühmt machen möchte. Dabei ſind etwa das Amazonasgebiet, der auſtraliſch Buſch oder die Sahara ebenfalls ungemütliche Landſtriche, aber dieſe verlieren von dem Augenblick an, von dem der Nordpol hoch notiert, jedes Intereſſe. Es beginnt dann der entſchiedene Anſturm auf die Nordpolaktien.

Das iſt im Grunde unanſtändig, blaſſer Konkurrenzneid. Es ſieht ſo aus, als ob den Menſchen nichts einfällt und ſie nur das nachmachen können, was ein ſogenannter Herdenführer ihnen vormacht. Ein kleines Mädchen hat ſich in den Kopf geſetzt, den Kanal zu durchſchwimmen, nebenbei eine völlig überflüſſige Uebung ohne jeden praktiſchen Erfolg, alſo ſie durchſchwimmt ihn, und die Welt datiert von dieſem Tage wieder einmal den Anfang einer neuen Epoche. Amerika empfängt die liebe Kleine mit Ehrenjungfrauen, Präſidenten und allen möglichen Glück- und Segenswünſchen. Doch als die Honorare einſetzen ſollen, ſind bereits eine Menge anderer Leute ebenfalls durch den Kanal geſchwommen und haben ſich dabei noch anſtelliger gezeigt. Die Welt iſt in Verlegenheit, wer ſoll nun gefeiert werden? Und es gibt ſo viele ſchöne Kanäle und Meerbuſen in der Welt, die nur darauf warten, durchſchwommen zu werden, doch ausgerechnet der Aermelkanal hat es den Leuten angetan.

Und ein junger Menſch fliegt über den Atlantik, führt zum erſten Male aus, was andere vor ihm planten, erreicht die europäiſche Küſte nach 36 Stunden. Die Begeiſterung diesſeits und jenſeits des Ozeans kennt keine Grenzen. Man projektiert unwahrſcheinliche Empfangsfreuden, aber ehe er noch Europa verläßt, überfliegt ein neuer Mann den Atlantik und legt zu dem Rekord noch tauſend Kilometer und einen Paſſagier hinzu. War das erſte Ereignis allein von ſportlichem Intereſſe, ſo beweiſt Chamberlin die Möglichkeit eines Paſſagierverkehrs. Sicherlich wird aber der Empfang Lindberghs in New York jetzt um einige Grade kühler ausfallen. Hie Lindbergh! Hie Chamberlin! Ein Preisrätſel, wer der größere iſt. Iſt Lindbergh der Entdecker von Neuland, ſo ſprechen für Chamberlin die Kilometerzahl und der Paſſagier. Und während Berlin bei Kottbus und New York in Begeiſterungstaumel ſchweben, präpariert ſich ein dritter Mann darauf, der Kapitän Byrd, als dritter den Atlantik von New York nach Europa zu überqueren. Iſt das notwendig? Iſt beiſpielsweiſe Teneriffa nicht auch ein nettes Land? Muß es durchaus wieder der Atlantik ſein? Und ein Flug von Montevideo nach Capetown dürfte auch ſeine Reize haben. Warum läßt man Lindbergh und Chamberlin nicht den Ruhm, warum dämpft man eine durchaus verſtändliche Begeiſterung?

Nun projektiert ein ganz kühner Mann — ein Japaner — eine Ueberquerung des Stillen Ozeans im Flugzeug. Und warum ſoll er das ſchließlich nicht tun? Und warum ſoll er nicht geſund in Amerika eintreffen? Beſtimmt aber wird eine wilde Pazifichauſſee einſetzen. Vergeſſen iſt der Atlantik. Das neue Stichwort iſt geprägt, aber auch der Indiſche Ozean wird bald ſeine Forderung geltend machen!

Ein Lebensverlängerungsinſtitut. Der amerikaniſche Nationalökonom Irving Fiſher, der in den Vereinigten Staaten durch ſeine Unterſuchungen über die Möglichkeiten der Lebensverlängerung populär geworden iſt, ſchildert in einem Interview, wie er auf ſeinen Gedanken kam, ein Inſtitut für Lebensverlängerung ins Leben zu rufen. „Vor dreißig Jahren," äußerte Fiſher, „machte ich plötzlich die Wahrnehmung, daß ich durch falſche Körperhaltung während der Arbeit meiner Geſundheit ſchwer geſchadet hatte. Ich habe dadurch ſechs meiner beſten Jahre verloren. Hätte ich damals mehr Gewicht auf eine richtige Lebensweiſe gelegt, könnte ich hundert Jahre lang leben und arbeiten. Ich bin auch zur Ueberzeugung gekommen, daß meine ſcheinbar ſo geſunden Freunde in Wirklichkeit alle krank ſind. Jeder Menſch leidet an irgendeiner Krankheit. Aber nur die wenigſten wollen davon ſprechen. Die ganze Welt, die ſchwächlich und kränklich iſt, hat mich auf den Gedanken eines Lebensverlängerungsinſtituts gebracht. Einige begeiſterte Freunde halfen mir, meine Idee zu verwirklichen. Das Inſtitut hat eine große Anzahl Geiſtes- und Handarbeiter aller Kategorien unterſucht. Die Mehrzahl der Leute war, obwohl ſie ſich alle durchweg wohl fühlten, nicht geſund. Wenn ſich auch keiner von ihnen als arbeitsunfähig betrachtete, waren in Wirklichkeit doch 99 Proz. der Unterſuchten, von ſtreng wiſſenſchaftlichem Standpunkt aus, arbeitsunfähig. Die jungen Leute würden anders leben, wenn ſie wüßten, welchen Schaden ſie ſich durch ihre Lebensweiſe zuziehen. Ich habe in meiner Jugend die heute ſo populären Regeln der Diät in allen Dingen des Daſeins nicht befolgt und bin deshalb weſentlich ſchwächer, als ich es eigentlich ſein dürfte. Unſer Inſtitut arbeitet unermüdlich an der Populariſierung der geſündeſten Lebensweiſe."

Leider ſcheint dieſes Inſtitut ſich nicht darum zu kümmern, warum die meiſten Menſchen zu einer ungeſunden Lebensweiſe durch ihre Verhältniſſe gezwungen ſind.

Schachbegabung — ein Sondertalent. Das Laboratorium für experimentelle Pſychologie an der Moskauer Univerſität hat anläßlich des großen Schachturniers, an dem unter anderen Lasker und Capablanca teilnahmen, eine Reihe von pſychologiſchen Experimenten unternommen, um das Verhältnis zwiſchen Schachbegabung und Intelligenz feſtzuſtellen. Die Intelligenzprüfungen, die ſich auf eine Anzahl von Perſonen verſchiedenſter Bildungsgrade erſtreckten, haben folgendes Ergebnis gehabt: 1. Das Gedächtnis des Schachſpielers unterſcheidet ſich keineswegs vom Gedächtnis normalbegabter Menſchen, außer auf dem Gebiete des Schachſpieles. 2. Das rezeptive Vermögen des Schachſpielers iſt nicht mehr ausgeprägt als das eines Durchſchnittsmenſchen. 3. Der Umfang der Aufmerkſamkeit iſt ſchwächer als bei den Nichtſchachſpielern, während das Konzentrationsvermögen außerhalb des Schachgebietes nicht beſonders entwickelt erſcheint. 4. Dagegen hat der Schachſpieler eine beſondere Fähigkeit, gleichzeitig mehrere Arbeitsprozeſſe zu erfaſſen und ihnen zu folgen. Aus dieſen vier Punkten geht hervor, daß das Talent zum Schachſpielen eine beſondere Veranlagung iſt, die keine beſondere Intelligenz auf anderen Gebieten vorausſetzt. In Rußland findet man ſogar ſehr tüchtige Schachſpieler, die weder leſen noch ſchreiben können.

Der Leichnam des Comenius. Auf Wunſch tſchechoſlowakiſcher Kreiſe ſollte das Grab des großen Pädagogen aus dem 17. Jahrhundert, Amos Comenius, der tſchechiſcher Abſtammung war, in der alten niederländiſchen Feſte Naarden, unweit von Amſterdam, geöffnet und die Leiche nach ſeinem Heimatlande übergeführt werden. Die irdiſchen Ueberreſte von Comenius werden bei der ſogenannten Waiſenhauskaſerne vermutet, aber die Lage des Grabes ſteht nicht einmal feſt. Das niederländiſche Begräbnisgeſetz erfordert zur Ausgrabung einer Leiche die Zuſtimmung des Bürgermeiſters der Stadt, in der das Grab liegt, und der Bürgermeiſter von Naarden hat zur großen Enttäuſchung der Antragſteller ſeine Genehmigung zur Ausgrabung verweigert, ſo daß der Leichnam des Comenius in Holland bleiben wird. Uns erſcheint es als eine unglaubliche Barbarei, daß man die vermorſchten Knochen eines vor Jahrhunderten verſtorbenen Menſchen dafür zu benötigen glaubt, um der Verehrung für den großen Sohn eines Volkes Ausdruck zu geben.

Eine Beethoven-Ausſtellung findet zurzeit in der Londoner Muſikhochſchule ſtatt. Sie vereinigt Handſchriften, Bildniſſe, eine Locke des Künſtlers, alte Theaterzettel und andere Dokumente aus engliſchem Beſitz. Sehr bezeichnend iſt es, daß auf einem Theaterzettel die erſte Londoner Aufführung des „Fidelio" zuſammen mit einer Poſſe „Taub wie ein Stock" und einem Melodrama „Der Alpenjäger" angekündigt iſt.

Statiſtenſtreik in Wien. Bei der Probe zum Reinhard-Gaſtſpiel „Das Mirakel" im Zirkus Renz-Gebäude in Wien brach plötzlich ein Streik der Statiſten aus. Sie forderten ſofortige Heraufſetzung der Löhne von 18 auf 30 Schillinge. Erſt nach Bewilligung der Forderung nahmen die Statiſten ihre Tätigkeit wieder auf.

ſteht ſeit Jahren in tödlicher Feindſchaft gegen die ſozialiſtiſche und demokratiſche Arbeiterbewegung Europas. Das iſt ein offenbarer Widerſinn, ein auf die Dauer unhaltbarer Zuſtand. Die Frage iſt nur, ob die Löſung ſo kommen wird, wie Roſenberg ſie ſieht, oder ob nicht das notwendige beſſere Verhältnis zwiſchen der Sozialiſtiſchen Arbeiterinternationale und den Bolſchewiki erſt dann kommen wird, wenn der Kommuniſmus außerhalb Rußlands faſt völlig aufgerieben ſein wird. So ſcheint uns jeder Austritt aus der Kommuniſtiſchen Partei als ein Schritt zur Löſung, und inſofern hat Dr. Roſenberg, als er ſeine Abwendung von jener Partei vollzog, gleichfalls einen Schritt zur Löſung getan.

Reichskonferenz der Jungſozialiſten.

Eine ertragreiche Tagung.

Am Pfingſtſonntag trat im Volkshaus Dreſden-Oſt die Reichskonferenz der Jungſozialiſten zuſammen. Insgeſamt nahmen an der Reichskonferenz 81 ſtimmberechtigte Delegierte teil, die 73 Ortsgruppen vertraten. Außerdem nahmen Mitglieder der Reichsleitung, Genoſſe Criſpien als Vertreter des Parteivorſtandes, Genoſſe Weſtphal als Vertreter der Sozialiſtiſchen Arbeiterjugend ſowie zahlreiche Gäſte an der Tagung teil.

Die Reichskonferenz begann mit dem Referat des Genoſſen A. Stein über „Die Jungſozialiſten und die Arbeiterbewegung". Der Redner charakteriſierte zunächſt das Jugendproblem in der Partei, das nicht allein ein Problem der Generationen ſei, ſondern in enger Verbindung ſtehe mit den inneren Wandlungen der Arbeiterbewegung in den letzten einundeinhalb Jahrzehnten. Die Wandlungen in der jungſozialiſtiſchen Bewegung ſpiegelten im weſentlichen die Reihenfolge der Wandlungen in der geſamten Arbeiterbewegung wider. Von der Romantik der freideutſchen Jugendbewegung ſei ſie über die einſeitig-doktrinäre Einſtellung der Hofgeismarer zur jetzt vorherrſchenden marxiſtiſchen Richtung gelangt, die ſich auf den Baden der realen politiſchen Wirklichkeit ſtellt und die jungſozialiſtiſche Bewegung hineinzulenken ſucht in den allgemeinen Strom des proletariſchen Klaſſenkampfes. Die allgemeine Kennzeichnung dieſer Bewegung könne heute mit dem Worte ausgedrückt werden: Von der Problematik zum Aktiviſmus. Es handele ſich nicht um die jungſozialiſtiſche Bewegung an ſich, ſondern um die Arbeit junger Sozialiſten in der Partei, für die Partei. Auf dieſer Grundlage ſeien die neuen „Richtlinien" aufgebaut, die zwiſchen der Reichsleitung der Jungſozialiſten einerſeits und Parteivorſtand und Parteiausſchuß andererſeits vereinbart worden ſind. Dieſe Richtlinien ſind bereits in faſt allen Bezirken durchgeführt worden und bieten die Gewähr für die harmoniſche Eingliederung der Jungſozialiſten in die geſamte Parteibewegung. Ihre Hauptaufgabe iſt jetzt die enge Zuſammenarbeit mit den Bildungsausſchüſſen der Partei. Aber darüber hinaus müſſen der jungſozialiſtiſchen Bewegung auch politiſch-organiſatoriſche Aufgaben geſtellt werden. Die jungſozialiſtiſchen Gruppen ſind nichts anderes als die Initiativgruppen tatkräftiger junger Parteigenoſſen die in den Reihen des Jungproletariats für die Partei zu werben und durch ihre praktiſche Arbeit die Lücke zwiſchen der alten und der jungen Generation auszufüllen haben. Durch dieſe Verbindung theoretiſcher und praktiſcher Arbeit ſoll wiederum jener Typ des marxiſtiſchen Arbeiters geſchaffen werden, der in früheren Jahrzehnten die feſte Grundlage der deutſchen Arbeiterbewegung bildete.

Im Anſchluß an dieſe Ausführungen beantragte der Referent im Namen der Reichsleitung folgende Entſchließung, die er der Reichskonferenz als programmatiſche Kundgebung zur Annahme empfahl:

> „Die Dreſdener Reichskonferenz der Jungſozialiſten vom 5. Juni 1927 betont angeſichts der Zuſpitzung der ſozialen Gegenſätze in Deutſchland die Notwendigkeit ſtärkſter Aktivität aller proletariſchen Kräfte auf politiſchem, wirtſchaftlichem und kulturellem Gebiet.
>
> In dieſem Kampf gegen die kapitaliſtiſchen Klaſſen und jegliche Reaktion, der getragen ſein muß vom Willen zur Eroberung der politiſchen Macht, fällt den Jungſozialiſten die Aufgabe zu, in den Reihen des Jungproletariats für die Ideen des Sozialiſmus zu werben und der Sozialdemokratiſchen Partei neue Kämpfer zuzuführen.
>
> Dieſer Aufgabe können die Jungſozialiſten nur gerecht werden, wenn ſie als untrennbarer Beſtandteil der Partei, Hand in Hand mit der Organiſation, regſten Anteil an der Bildungs- und Kulturarbeit nehmen und das Erkenntnisgut des Marxiſmus, das die Grundlage jedes Wirkens bildet, als ſtärkſte Waffe im Kampfe um ihre ſozialiſtiſchen Ideale benutzen und für ſeine Verbreitung ſorgen.
>
> Die Reichskonferenz erneuert ihr Bekenntnis zum internationalen revolutionären Klaſſenkampf des Proletariats und richtet an alle jungen Proletarier die Aufforderung, ſich einzugliedern in die ſozialdemokratiſche Bewegung und der geſamten Arbeiterbewegung friſche Kräfte zuzuführen, die den großen Aufgaben des proletariſchen Befreiungskampfes gewachſen ſind."

Nachdem dieſe Reſolution nach einer eingehenden Ausſprache über die im Referat berührten Fragen einſtimmig angenommen wurde, erſtattete Genoſſe F. Lepinſki den Geſchäftsbericht. Er konnte auf die erfreuliche Feſtigung der jungſozialiſtiſchen Bewegung hinweiſen, die jetzt in engſtem Einvernehmen mit der Parteiorganiſation ſich entwickelt. Die inneren Kriſen der letzten Jahre ſind überwunden, die organiſatoriſchen Spannungen und Gegenſätze beſeitigt. Jetzt kann alſo erſprießliche praktiſche Arbeit geleiſtet werden. Zu verzeichnen iſt auch eine zunehmende Auflage der Jungſozialiſtiſchen Blätter, die jetzt bereits mehr als 4000 Abonnenten zählen, ſowie eine gute Verbreitung der Jungſozialiſtiſchen Schriftenreihe. Redner ging ſodann auf die einzelnen Anträge ein, die von den Ortgruppen eingebracht wurden. In der ſich anſchließenden Ausſprache kam ebenſo wie bei der Debatte über das erſte Referat der allgemeine Wunſch der Delegierten zum Ausdruck, praktiſche Arbeit für die Partei zu leiſten, das politiſche und kulturelle Moment in der Bewegung ſtärker hervorzukehren und den politiſchen Willen des Jungproletariats zu formen. Der Verſuch eines Genoſſen aus Weſtfalen, ſich auf der Konferenz als kommuniſtiſcher Zellenbauer zu etablieren, wurde von den Delegierten einmütig zurückgewieſen. Dieſe Ablehnung kennzeichnet mit aller Deutlichkeit den Wunſch der Delegierten, die jungſozialiſtiſche Bewegung einzugliedern in die Partei, um in der Praxis der Bewegung jenes Vertrauen zu gewinnen, das den Jungſozialiſten heute noch von mancher Seite verſagt wird.

Von den auf der Reichskonferenz angenommenen Anträgen ſeien folgende erwähnt: Die Reichsleitung wird beauftragt, ihren Austritt aus dem Reichsausſchuß deutſcher Jugendverbände zu erklären. In Ausſicht genommen iſt, vorbehaltlich der Regelung mit dem Verlag, daß die „Jungſozialiſtiſchen Blätter" von den Gruppenmitgliedern im Pflichtabonnement bezogen werden. Von der Reichsleitung wird verlangt, daß ſie mit dem Vorſtand der Sozialiſtiſchen Arbeiterjugend in ein gutes kameradſchaftliches Einvernehmen kommt; ferner ſollen ſich die Jungſozialiſten der Sozialiſtiſchen Arbeiterjugend als Helfer zur Verfügung ſtellen.

Zum Schluß wurden die Neuwahlen für die Reichsleitung vorgenommen und Genoſſe Engelbert Graf als Redakteur der „Jungſozialiſtiſchen Blätter" wiedergewählt. Nach einigen kurzen Anſprachen ausländiſcher Gäſte wurde die Tagung mit dem Geſang der Internationale geſchloſſen.

Die Flieger beim Reichspräſidenten.

„Ein gutes Vorzeichen für Annäherung der beiden Völker."

Der Herr Reichspräſident empfing heute vormittag die beiden Amerikaflieger Chamberlin und Levine, die von dem amerikaniſchen Botſchafter eingeführt wurden, und ließ ſich von ihnen nähere Einzelheiten über ihren Flug von New York nach Deutſchland erzählen. Er beglückwünſchte die beiden Herren herzlichſt zu ihrer überragenden Leiſtung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die kühne Tat ein gutes Vorzeichen für die weitere Annäherung der beiden großen Völker ſein werde. Als Andenken überreichte er ihnen ſein Bild mit Unterſchrift in ſilbernem Rahmen.

Glückwünſche von Reichsaußenminiſter und Botſchafter.

Baden-Baden, 8. Juni. Reichsaußenminiſter Dr. Streſemann richtete aus Anlaß der Ankunft der amerikaniſchen Flieger an den amerikaniſchen Botſchafter Schurman in Berlin folgendes Glückwunſchtelegramm: „Herzlichſte Glückwünſche zu dem gewaltigen Erfolg Ihrer wagemutigen Landsleute. Möchte das zeitliche Näherkommen unſerer Länder auch Grundlage weiterer geiſtiger und kultureller Annäherung ſein."

An die Hearſtpreſſe in Amerika richtete der Reichsaußenminiſter ein Telegramm, in dem es heißt: „Geglückter Amerikaflug wird Herzen aller Deutſchen mit Freude, Anerkennung und Bewunderung erfüllen. Den Boten des einſt ſo fernen Landes wird Deutſchland um ſo mehr zujubeln, weil es in dem Erfolg äußerſter Anſpannung Geiſtes und Körpers auch Sinnbild eigenen Zukunftsſchickſals erblickt."

New York, 8. Juni. Der deutſche Botſchafter in Waſhington v. Maltzan überſandte dem Erbauer des Flugzeuges Chamberlins Bellanca folgendes Telegramm: „Empfangen Sie bitte meine beſten Glückwünſche zu dem erfolreichen Fluge des Bellanca-Flugzeuges „Columbia" unter der Führung von Herrn Chamberlin. Dieſer neue Weltrekord iſt die beſte Beſtätigung der ausgezeichneten Güte Ihrer Konſtruktion und bedeutet ferner einen Schritt vorwärts in der Wiſſenſchaft und Praxis des Flugzeugbaues. Botſchafter Maltzan.

Preſſeempfang in der amerikaniſchen Botſchaft.

Heute vormittag fand in der amerikaniſchen Botſchaft, wo die beiden Transozeanflieger Wohnung genommen haben, ein Preſſeempfang ſtatt. Zunächſt gab Botſchaftsrat Poole bekannt, daß zahlreiche Glückwunſchtelegramme eingelaufen ſeien, die, ſoweit möglich, auch beantwortet wurden. Daraufhin wurden von den einzelnen Preſſevertretern an die Flieger verſchiedene Fragen geſtellt. Chamberlin erklärte, daß bis jetzt kein feſtes Programm für ſeinen weiteren Aufenthalt in Europa vorgeſehen ſei. Bisher ſei nur eine Einladung von der öſterreichiſchen Regierung zum Beſuch Wiens eingetroffen. Dieſe Einladung hätten die Flieger jedoch bis jetzt noch nicht angenommen. Ob ſie nach Paris, London oder Moskau fliegen würden, ſei noch nicht beſtimmt. An und für ſich möchten ſie gern mehrere europäiſche Hauptſtädte beſuchen und dabei beſonders die flugtechniſchen Einrichtungen der einzelnen Länder kennen lernen. Sollte er eine Einladung nach Moskau erhalten, ſo ſei es nicht ausgeſchloſſen, daß er ſie annehmen würde. Er glaube jedenfalls, noch ſechs Tage in Berlin zu bleiben. Auf Befragen erklärte Chamberlin weiter, daß er zahlreiche Angebote von Film- und Zirkusunternehmen erhalten habe. Ferner ſei ihm von einem amerikaniſchen Konzern ein Angebot von 100 000 Dollar gemacht worden, falls er nach New York zurückfliege.

Heute abend wird vom amerikaniſchen Botſchafter ein offizielles Diner mit geladenen Gäſten veranſtaltet. Am Freitag gibt der amerikaniſche Klub in Berlin ein Feſtdiner, für den morgigen Donnerstag iſt bekanntlich ein Frühſtück beim Reichsaußenminiſter Dr. Streſemann und nachmittags um 6 Uhr ein Tee des Deutſchen Aeroklubs zu Ehren der amerikaniſchen Flieger vorgeſehen. Freitag mittag um 12 Uhr empfängt Oberbürgermeiſter Böß namens der Stadt Berlin und der ſtädtiſchen Körperſchaften Chamberlin und Levine im Feſtſaal des Berliner Rathauſes. Zu Freitag abend ſind die beiden amerikaniſchen Flieger vom Reichsverkehrsminiſter Dr. Koch zu einem Eſſen geladen.

„Hallo, liebe Mutter!"

Chamberlin will 14 Tage in Deutſchland bleiben.

New York, 8. Juni. „Aſſociated Preß" meldet aus Berlin: Der glücklichſte Moment des brauſenden Empfanges Chamberlins durch Berlin auf dem Flugfeld war der Augenblick, wo ihm gemeldet wurde: Sie werden von Omaha angerufen Die transozeaniſche Verbindung, die für das Geſpräch des Fliegers mit ſeiner Mutter über London hergeſtellt worden war, funktionierte tadellos. „Hallo, liebe Mutter!" ſagte Chamberlin. Seine Mutter fragte, ob er wohl angekommen wäre, worauf er ſagte, er wünſchte, ſie wäre hier. Seine weiteren Pläne ſeien noch nicht beſtimmt, er beabſichtige, ungefähr zwei Wochen in Deutſchland zu bleiben und dann nach England zu fahren. Chamberlin ſtrahlte vor Freude, als er die Stimme ſeiner Mutter hörte. Darauf nahm der amerikaniſche Botſchafter Schurman den Apparat und gratulierte der Mutter Chamberlins. Levine fragte dann die Mitglieder des Emfangskomitees: Wo ſind unſere Frauen? und war ſehr erfreut, als er hörte, ſie ſeien unterwegs nach Deutſchland.

Amerikaniſches Lob für Kottbus.

New York, 8. Juni. Die Nachricht von der Landung des Flugzeuges Columbia in Berlin traf in New York zwei Minuten nach der Landung ein, und es löſte große Freude aus, daß Chamberlin ſein Flugzeug glücklich zur deutſchen Hauptſtadt führen konte. Die Zeitungen behandeln den Flug der Columbia faſt noch ausführlicher als den Lindberghs. Die ſpaltenlangen Berichte der Korreſpondenten aus Kottbus ſind des Lobes voll über die herzliche Aufnahme der Flieger durch den dortigen Bürgermeiſter und die Bevölkerung. Ausführliche Beſchreibungen ſind der Stadt, der erſten opulenten Mahlzeit und der Fürſorge für die Amerikaner gewidmet.

Chamberlin in Warſchau vergeblich erwartet.

Warſchau, 8. Juni. (WTB.) Geſtern hatte ſich in Warſchau auf Grund einer Nachricht das Gerücht verbreitet, daß der amerikaniſche Flieger Chamberlin in Begleitung von Levine von Kottbus aufgeſtiegen wäre, um nach Warſchau zu fliegen. Man wollte das Flugzeug Chamberlins geſehen haben, wie es in Bentſchen die polniſche Grenze überflogen hat. Eine weitere Zeitungsmeldung, die durch Sonderausgabe verbreitet wurde, kündigte die Ankunft Chamberlins in der nächſten halben Stunde an, da man das amerikaniſche Flugzeug ſchon über Lodz in Richtung Warſchau hatte fliegen ſehen. Auf dem Warſchauer Flugplatz von Mokotow wurden fieberhafte Vorkehrungen getroffen, um Chamberlin zu erwarten. Im Kaſino der polniſchen Fliegeroffiziere wurde das Frühſtück für die amerikaniſchen Flieger vorbereitet. Vertreter der Behörden, des Militärs und eine vieltauſendköpfige Menge wartete ſtundenlang auf dem Flugplatz auf die Ankunft der Amerikaner. Groß war daher die Enttäuſchung, als man erfuhr, daß Chamberlin am gleichen Abend ſich von Kottbus ſtatt nach Warſchau nach Berlin begeben hatte.

Den Mann erſchoſſen.

Wirtſchaftliche Not der Grund.

Eine furchtbare Szene ſpielte ſich geſtern abend in dem Hauſe Johann-Huß-Straße 4 zu Neukölln ab. Hier wohnte mit ſeiner 42 Jahre alten Frau Ella und ſeinem 19 Jahre alten Sohne der 46 Jahre alte frühere Bankbeamte Robert Finke, der ſeit ſeinem Abbau als Magiſtratsgehilfe im Neuköllner Rathauſe beſchäftigt war. Das Ehepar, das ſeit 23 Jahren verheiratet war, lebte ſchon länger in ſtändigem Zwiſt. Finke hatte früher bedeutend größere Einnahmen als jetzt. Schon dieſe Verſchlechterung der Lage trübte die Ehe. Dazu kam noch, daß Frau Finke ſehr eiferſüchtig war. Geſtern beſuchten beide Eheleute das Tempelhofer Feld, um die amerikaniſchen Flieger zu erwarten. Auf dem Heimwege gerieten ſie wieder in Streit. Hierbei warf Frau Finke ihrem Manne auch vor, daß er im Dienſt Brotkarten, die für die Wohlfahrtskommiſſion beſtimmt geweſen ſeien, unterſchlagen habe, ein Vorwurf, der durch die Unterſuchung nicht beſtätigt worden iſt. Zu Hauſe ſetzten ſich die Streitigkeiten fort. Es kam ſoweit, daß Finke Beſchimpfungen mit einer Ohrfeige erwiderte. Jetzt holte die Frau aus einem Schrank einen ſcharf geladenen Revolver hervor. Als der Mann verſuchte, ihr die Waffe zu entreißen, kam es zu einem Ringkampf und dabei gingen, wie die Frau behauptet, zwei Schüſſe los. Eine Kugel drang in die Lunge des Mannes ein, die andere riß ihm den Unterleib auf. Als der Schwergetroffene zuſammenbrach, lief die Frau auf den Balkon hinaus, rief um Hilfe und ſchrie, daß ſie ihren Mann erſchoſſen habe. Polizeibeamte, die herbeieilten, fanden keinen Einlaß in die Wohnung und mußten mit Gewalt öffnen. Frau Finke gebährdete ſich wie wahnſinnig. Ihr Mann lag tot auf den Fußboden. Die Leiche wurde beſchlagnahmt und nach dem Schauhauſe gebracht. Die Frau wurde feſtgenommen und nach dem Verhör in Haft behalten.

Kauft Berlin das Südgelände!

Nach Blättermeldungen beabſichtigt der Berliner Magiſtrat das in der letzten Zeit ſo viel genannte Schöneberger Südgelände anzukaufen. Ein Blatt glaubt ſogar melden zu können, daß der Kauf ſchon vom Magiſtrat beſchloſſen ſei. Selbſtverſtändlich wäre zu einem ſolchen Beſchluß des Magiſtrats noch die Zuſtimmung der Sadtverordneten nötig. Kommt es zu einer Erwerbung des Südgeländes durch die Stadt, ſo iſt damit das Projekt einer Bebauung keineswegs abgetan. Aber für den Gedanken, auf dem Gelände alle Kleingärten zu zerſtören und die ganze Fläche mit Wohnhäuſern zu beſetzen, wäre im Magiſtrat ſchwerlich eine Mehrheit zu finden.

Drei große Einbrüche.

Für 15 000 Mark koſtbare Pelze erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht in einer Pelzgroßhandlung in der Kloſterſtraße. Sie verſuchten zunächſt, die eiſenbeſchlagene Tür zu den Geſchäftsräumen im 3. Stock nach Art der Geldſchrankknacker aufzuknabbern, kamen aber nicht zuſtande und ſchlugen jetzt einen anderen Weg ein. Von dem Oberlicht der Tür riſſen ſie mit großer Gewalt das Schutzgitter ab. Einer der Einbrecher ſtieg durch die Oeffnung hinein und ſchloß von innen auf. Die Bande ſuchte ſich die allerbeſten Pelze, Hermelin, Zobel, Perſianer und Skunks aus. — Zu dem großen Seideneinbruch in der Mohrenſtraße erfahren wir, daß der Wert der Beute nach den genaueren Feſtſtellungen des Geſchäftsinhabers 25 000 Mark beträgt. Mitteilungen zur Aufklärung der beiden Einbrüche insbeſondere über das Auftauchen des geſtohlenen Gutes an Kriminalkommiſſar Braſchwitz, Dienſtſtelle B. 5 im Polizeipräſidium. — Ein Einbruch, bei dem ein kleiner Junge mitgearbeitet haben muß, wurde in der Oranienſtraße verübt. Die Einbrecher gelangten von einem Nachbargrundſtück zunächſt in einen Keller und von dort aus durch die Wand in den Kellerraum unter einem Konfitürengeſchäft. Ihr Verſuch, die Klapptür auf der Kellertreppe hochzuheben, ſcheiterte daran, daß ſie durch eine ſchwere Eiſenplatte geſichert war. Sie ſtemmten jetzt ein Loch durch die Decke, das aber nur 17 cm breit und 50 cm lang iſt. Durch dieſe ſchmale Oeffnung kroch einer von ihnen hindurch und langte für 1 700 Mark der beſten Schokolade und Pralinen uſw. hinunter. Es muß das ein überſchlanker Menſch geweſen ſein. Im Keller packten die Einbrecher ihre Beute in Säcke und verſchwanden damit. Mitteilungen an Kriminalkommiſſar Zapfe, Dienſtſtelle B. 4 im Polizeipräſidium.

Unfall des Heringsdorfer Eilzuges.

Ein eigenartiger Zugunfall, bei dem ſieben Reiſende leichte Verletzungen davongetragen haben, ereignete ſich geſtern abend auf dem Bahnhof in Paſewalk an der Strecke Heringsdorf—Berlin, Stettiner Bahnhof. Der Eilzug 32 der von Heringsdorf um 19.15 Uhr abfährt und auf dem Stettiner Bahnhof um 23,33 eintrifft, nimmt regelmäßig in Paſewalk Waſſer ein. Beim Vorfahren an den Waſſerkran bremſte der Lokomotivführer zu ſcharf. Durch den Ruck wurden zahlreiche Gepäckſtücke aus den Tragnetzen auf die Fahrgäſte geſchleudert. Drei Perſonen, die Hautabſchürfungen davongetragen hatten, meldeten ſich ſofort bei dem Bahnhofsvorſtand in Paſewalk. Mit einiger Verſpätung wurde die Fahrt nach Berlin fortgeſetzt. Auf dem Stettiner Bahnhof wurden noch vier Fahrgäſte bei dem Aufſichtsbeamten vorſtellig. Da die Verletzungen aber ſämtlich leichter Natur waren, konnten die Reiſenden ſelbſt ihre Wohnungen aufſuchen.

Schweres Bauunglück in Heſſen.

Hersfeld, 8. Juni. In Friedlos ereignete ſich ein ſchweres Bauunglück. Auf ein einſtöckiges Haus war ein zweiter Stock und ein Dachgeſchoß aufgeſetzt worden. Als man damit beſchäftigt war, die Dachziegel aufzulegen, neigte ſich plötzlich das Gebälk nach vorn und ſtürzte mit lautem Donnern in den Hof. Von den vier auf dem Dache beſchäftigten Arbeitern ſprang einer von acht Meter Höhe herunter und brach beide Beine, während die andern drei, die mit dem Gebälk zu Boden ſtürzten, nur leicht verletzt wurden. Eine Frau, die Ziegel zureichte, wurde von den ſtürzenden Balken an der Bruſt ſo ſchwer getroffen, daß ſie noch am Abend verſtarb. Zwei neben ihr ſtehende Kinder blieben unverletzt.

Auguſt Hinze, der Siebzigjährige, bittet uns um Veröffentlichung folgender Dankſagung: „Die Fülle von Gratulationen zu meinem 70. Geburtstage macht es mir unmöglich, allen Genoſſinnen und Genoſſen perſönlich zu danken. Ich ſpreche allen auf dieſem Wege meinen herzlichſten und innigſten Dank aus für die große Freude, die mir Alle bereitet haben." Auguſt Hinze.

Genoſſe Hermann Jaeckel, der Vorſitzende des Textilarbeiterverbandes, mußte ſich heute früh einer ſchweren Darmoperation unterziehen, die in Gegenwart ſeines Arztes Dr. Hirſchberg und des Genoſſen Dr. Moſes von dem bekannten Operateur Profeſſor Dr. Mühſam in der Privatklinik Genthiner Straße 2 vorgenommen wurde. Das Befinden des Genoſſen Jaeckel iſt nach der Operation zufriedenſtellend.

Antigewerkſchaftskurs auch in Dänemark.

Juriſtiſche Droſſelungsverſuche.

Aus Kopenhagen wird uns berichtet:

Das Kopenhagener Landgericht hat vor kurzem gegen den Däniſchen Landarbeiterverband, den Verband der ungelernten Arbeiter und den Gewerkſchaftsbund ein Urteil gefällt, deſſen Härte deutlich zeigt, daß auch in Dänemark zurzeit ein gewerkſchaftsfeindlicher Kurs Mode iſt. Die drei genannten Verbände hatten über einige Hofbeſitzer, die ihren Arbeitern das Organiſationsrecht verweigerten, die Sperre verhängt. Den Hofbeſitzern und einem gleichfalls geſperrten Kaufmann, der die Ernte der Hofbeſitzer vertrieb, war dadurch naturgemäß ein größerer Schaden entſtanden, und mit der Streitſache hatten ſich bereits im vorigen Jahre die Gerichte beſchäftigt.

Das höchſte Gericht hat nunmehr, nachdem das Landgericht die Gewerkſchaften freigeſprochen hatte, die Verbände zu einem Schadenerſatz von 100 000 Kronen an die Hofbeſitzer und zu einem Erſatz von 30 000 Kronen an den Kaufmann, der inzwiſchen verſtorben war, verurteilt. Dieſes Urteil ermutigte die Hofbeſitzer und die Erben des Kaufmannes; es kam zu einem neuen Prozeß, und die Gewerkſchaften wurden zu einem weiteren Schadenerſatz von 184 000 Kronen an die Hofbeſitzer ſowie 35 000 Kronen an die Erben des Kaufmanns und zur Tragung der Prozeßkoſten verurteilt. Da das Landgericht ſich auf das vorausgegangene Urteil des höchſten Gerichts bezog, beſteht leider ſo gut wie keine Ausſicht, daß das Urteil revidiert wird.

Für die däniſchen Gewerkſchaften kommt das Urteil um ſo ungelegener, als zurzeit noch eine andere Schadenerſatzklage gegen ſie ſchwebt. In der Stadt Esbjerg (Weſtjütland) beſteht eine chriſtliche Sekte, der „Chriſtliche Gemeinſchaftsverband". Dieſer Verband verwirft Tarif und Streiks, weil ſie angeblich der chriſtlichen Sittenlehre widerſprechen.

Die Mitglieder der Sekte arbeiten ſtändig unter Tariflohn. Die Gewerkſchaften ſind unter dieſen Umſtänden gezwungen, den Verband als eine Streikbrecherorganiſation zu betrachten und dementſprechend zu behandeln. Ueber die Auftraggeber der Streikbrecherorganiſation wurde ebenfalls die Sperre verhängt. Nun hat auch der „Chriſtliche Gemeinſchaftsverband" gegen die Gewerkſchaften geklagt. Der Prozeß zieht ſich bereits wochenlang hin und auch hier beſteht die Gefahr, daß nach den vorausgegangenen Urteilen die Gewerkſchaften ſchadenerſatzpflichtig gemacht werden.

Dieſe Vorgänge in Dänemark zeigen überaus draſtiſch, wie ganz Skandinavien von der Illuſion befangen iſt, die Gewerkſchaften bedrohten die „Freiheit der Wirtſchaft und des Eigentums". Man richtet daher ſtrenge Grenzen für die Kampfführung der Gewerkſchaften in den Arbeitskonflikten auf und bemüht ſich, ſoziales Unrecht durch „Rechtsanſprüche" zu verewigen. Es wird Sache der däniſchen Sozialdemokratie und der däniſchen Gewerkſchaften ſein, hier einen Riegel vorzuſchieben.

Internationale Arbeitskonferenz.

Eine deutliche Mahnung.

Genf, 8. Juni. (WTB.) In der Arbeitskonferenz richtete heute nachmittag der Generalſekretär des belgiſchen Gewerkſchaftsbundes, Mertens, bei Fortſetzung der Ausſprache über den Jahresbericht des Direktors einen Mahnruf an die Unternehmer- und die Regierungsgruppe. Nach einem Hinweis auf die in vielen Ländern zu beobachtende Verſchleppung der Ratifizierung der von der Arbeitskonferenz aufgeſtellten Arbeitskonventionen, ſprach er von der „geheimen Obſtruktion", die die Arbeitergruppe immer mehr auf der Arbeitskonferenz gewahr werden müſſe und führte dann aus: Das muß ein Ende haben. Die Arbeitergruppe muß wiſſen, ob es für ſie überhaupt Zweck hat, zur Arbeitskonferenz zu erſcheinen. Wenn man mit uns weiter arbeiten will, ſo ſind wir bereit, unſeren guten Willen und unſeren Geiſt der Verſöhnung hier zu betätigen, wie wir es ſeither getan haben. Wenn man aber der Meinung iſt, daß man den Zielen und Wünſchen der Arbeiterklaſſe nicht Rechnung zu tragen braucht, ſo wird die Arbeiterklaſſe prüfen, ob es nicht vorzuziehen iſt, daß ihre Vertreter in ihren Ländern bleiben, und ob es nicht beſſer iſt, mit den eigenen Mitteln zu kämpfen, um durch eigene Kraft ihre Forderungen durchzuſetzen.

Kommuniſtiſches Theater.

Bei den Schauſpielern.

Die Genoſſenſchaft Deutſcher Bühnenangehöriger hatte zu geſtern nachmittag nach dem „Tiergartenhof" eine Verſammlung aller erwerbsloſen organiſierten Schauſpieler einberufen, damit dieſe eine beſondere Intereſſenvertretung wählen ſollten. Bezirksobmann Bernhardy verlas eine Entſchließung des Verwaltungsrats der Bühnengenoſſenſchaft, derzufolge die erwerbsloſen Mitglieder der Bühnengenoſſenſchaft drei Sprecher aus ihrer Mitte wählen ſollten, die zuſammen mit dem Bezirksobmann Bernhardy ihre Wünſche dem Präſidium übermitteln und die Intereſſen der Erwerbsloſen wahrnehmen ſollten.

Es entſpann ſich eine ziemlich erregte Diskuſſion, zuerſt über das Wort „Sprecher", das der entthronte Vertrauensmann Rolf Gärtner immer wieder zu neuen Vorſtößen gegen die Genoſſenſchaft benutzte. Die Oppoſition wuchs durch ſein andauerndes Wortgeplänkel. Trotzdem gelang es endlich, nach zwei- bis dreiſtündiger Diskuſſion, zur Abſtimmung über die vorgelegte Entſchließung zu kommen, die mit Mehrheit angenommen wurde.

Nun begann der kleinere Teil unter Führung Gärtners eine Sabotage ſchlimmſter Art. Er focht zunächſt das ihm nicht genehme Reſultat an. Als er die Ausſichtsloſigkeit dieſes Verſuchs erkannte, begann die „Oppoſition" mit perſönlichen Beleidigungen, erhobenen Stühlen uſw. die Mehrheit zu terroriſieren. Da ſich in dem Tumult der Bezirksobmann Bernhardy, der in muſtergültigſter und objektivſter Weiſe die Verſammlung bis dahin geleitet hatte, nicht mehr durchſetzen konnte, ſchloß er die Verſammlung, ohne daß die Vertretung der erwerbsloſen Schauſpieler gewählt worden war.

Die erwerbsloſen Schauſpieler haben dennoch das erreicht, was ſie ſeit langem erſtrebten: eine Intereſſenvertretung innerhalb der Organiſation. Nun macht ihnen die „Oppoſition" mit Gärtner an der Spitze, der ſich doch als der berufene Vertreter der erwerbsloſen Schauſpieler aufſpielt, einen ſo böſen Strich durch die Rechnung. Man kann ſich wenigſtens freuen, daß das beſonnenere Element gegenüber der Schreierei des Gärtner in der Genoſſenſchaft die Oberhand hat.

*

Eines ſteht jedenfalls feſt: die Gärtner-Leute, die ihren kommuniſtiſchen Kohl unter neutraler Flagge an den Mann zu bringen ſuchten, haben ſich geſtern demaskiert. Sie ſind aber reingefallen. Auch die ſyſtematiſch verbreitete Lüge, daß die Bühnengenoſſenſchaft die Schauſpielerküche ſchließen wolle, hat nichts genutzt. Im übrigen ſtellen wir feſt, daß die Bühnengenoſſenſchaft auch für den Monat Juni erhebliche Zuſchüſſe an die Schauſpielerküche leiſtet und ſich außerdem mit der Abſicht trägt, für ihre Mitglieder ein würdiges Schauſpielerheim zu ſchaffen.

Die deutſchen Gewerkſchaften in Polen.

Der „Volkswille" in Kattowitz ſchilderte kürzlich den Kampf, der gegen die deutſchen Gewerkſchaften in Polen geführt wird.

„Das Erſtarken der deutſchen Gewerkſchaftsbewegung in Polniſch-Oberſchleſien fällt nicht nur den polniſchen Behörden auf die Nerven, ſondern vor allem den polniſchen Gewerkſchaftsführern. Ihre zweideutige Politik bringt es mit ſich, daß ihnen das Wohlwollen der Behörden lieber iſt, als das Vertrauen der Arbeiterſchaft zu ihren Verbänden. Die vorhandene Abneigung wird durch ihr „den Behörden an Hand gehen" noch verſtärkt und das Wachstum der Mitgliederzahlen bei den deutſchen Gewerkſchaften läuft mit dem Zerfall der polniſchen Gewerkſchaftsbewegung parallel. Mit dem Aufſtieg der deutſchen Gewerkſchaften wächſt aber auch der Haß gegen ſie. Deshalb ſind es die polniſchen Gewerkſchaften in erſter Linie, welche einen erbitterten Kampf gegen die deutſchen Gewerkſchaften nicht nur vor den Behörden, ſondern auch in den Betrieben führen. Durch Interventionen beim Wojewoden werden die Verwaltungen veranlaßt, bei den maſſenhaften Entlaſſungen in erſter Linie deutſche Gewerkſchafter zu erfaſſen und ſolche, die ihre Kinder in die Minderheitsſchule ſchicken. Die polniſch-organiſierten Betriebsräte leiſten ihnen bei dieſer Art Unterdrückungspolitik gute Dienſte. Das beweiſen auch die zahlreichen Schiedsſprüche aus letzter Zeit. Langjährig beſchäftigte Arbeiter werden ohne triftigen Grund entlaſſen, legen bei ihren deutſch-organiſierten Betriebsräten Einſpruch ein und verlieren ſchließlich die Klage lediglich deshalb, weil der polniſch-organiſierte Obmann vor dem Schlichtungsausſchuß erklärt, daß ſich der betreffende Arbeiter nicht direkt an ihn gewandt hat. Die Beiſitzer des Schlichtungsausſchuſſes ſind polniſche Verbändler, während die Vertreter der deutſchen Gewerkſchaften von der Mitwirkung ausgeſchloſſen ſind. Bei dieſer Art Beſetzung iſt es unmöglich geworden, für einen deutſch-organiſierten Arbeiter ein objektives Urteil zu erzielen.

Ein Tarifſtreit des Transportarbeiterverbandes gegen die Kattowitzer Speditionsfirmen iſt mit der Begründung abgelehnt worden, daß der Verband nicht gerichtlich legaliſiert iſt. Dieſer Spruch zeugt auch von der totalen Unkenntnis der polniſchen Beiſitzer, denn bisher iſt es nach den deutſchen Geſetzen, welche hier noch gültig ſind, nicht notwendig, daß Verbände gerichtlich eingetragen werden. Ein ſchriftlicher Antrag auf Aenderung dieſes rechtlich unhaltbaren Urteils iſt geſtellt worden, doch würdigte man dieſen Antrag nicht einmal einer Antwort.

In einem anderen Falle wandte ſich ein Gewerkſchaftsführer an den Arbeitskommiſſar Dr. Korczynſki um Erneuerung eines Paſſierſcheines für deutſche Gewerkſchaftszeitungen. Dr. Korczynſki lehnte aber die Unterſchrift ab, mit der Begründung, die deutſchen Gewerkſchaften ſollen ſich einen anderen Weg zur Beförderung ihrer Zeitung von Deutſchland nach Polen ſuchen.

Auch bei Lohnbewegungen wird dem Antrage der deutſchen Gewerkſchaften mit dem größten Mißtrauen begegnet. Daher kommt es, daß die eingeleiteten Lohnbewegungen gar nicht mehr von der Stelle kommen. Die Löhne werden wohl gekündigt und es wird verhandelt, aber der Schlichtungsausſchuß tritt entweder nicht zuſammen oder verſchiebt es auf den Fachausſchuß, ſo daß ein Chaos in der Arbeiterbewegung herrſcht, wie es ſchlimmer in keinem anderen Lande zu verzeichnen iſt.

Nationalismus iſt Trumpf

und was darüber hinausgeht, wird als ſtaatsfeindlich angeſehen und bekämpft, ohne Rückſicht darauf, daß das Elend in breiten Arbeiterſchichten immer tiefer greift.

Der Kampf der polniſchen Gewerkſchaften auf nationaliſtiſchem Boden gegen die deutſche Gewerkſchaftsbewegung iſt nicht nur für die Arbeiterſchaft verderbenbringend, ſondern wird auch denen über kurz oder lang zum Verhängnis, welche die Gewerkſchaften zum Kampf gegen die deutſche Bewegung mißbrauchen."

In New York iſt am 10. Mai August Friedl geſtorben, der in den achtziger Jahren nach den Vereinigten Staaten kam, nachdem er in Verbindung mit dem Attentat gegen den Frankfurter Polizeirat Rumpf zur Auswanderung gezwungen war. Friedl ſpielte früher in ſeiner Gewerkſchaft — er war von Beruf Schreiner — eine bedeutende Rolle; in dem großen Schreinerausſtand im Jahre 1892 war er der leitende Geiſt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einſendungen für dieſe Rubrik ſind ſtets an das Bezirksſekretariat, Berlin SW 68, Lindenſtraße 3, 2. Hof, 3 Trep. rechts, zu richten.

5. Kreis Friedrichshain. Mittwoch, 8. Juni, 19½ Uhr, Comeniusſäle, Memeler Str. 67, Kreismitgliederverſammlung. Bericht vom Parteitag. Mitgliedsbücher mitbringen.

Mitgliederverſammlungen und Zahlabende heute, Mittwoch, 8. Juni, 19½ Uhr:

7. Abt. Cornis Feſtſäle, Gartenſtr. 7. Vortrag: „Die Entwicklung des Wohnungsbedürfniſſes im Spiegel unſeres Zeitalters." Referent Genoſſe Hartleben.

9. Abt. Artushof, Perleberger Str. 29. Vortrag: „Kommunal- und Sozialpolitik." Referent Friedrich Schlegel.

16. Abt. Moabiter [illegible], [illegible] 12. Vortrag: „Das Republikſchutzgeſetz." Referent Dr. [illegible].

26. Abt. Die Mitgliederverſammlung fällt aus und findet am 15. Juni ſtatt.

32. Abt. Die Genoſſinnen und Genoſſen beteiligen ſich heute an der Kreismitgliederverſammlung. Zahlabend findet wahrſcheinlich am 22. Juni ſtatt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

39. Abt. Heutige Mitgliederverſammlung findet nicht in der Juriſtiſchen Sprechſtunde, ſondern im Jugendheim Lindenſtr. 3, 2. Hof 3 Tr., ſtatt.

Schöneberg. 77. Abt. Zahlabende. 1. Bezirk: Milbe, Roßlenbergſtr. 16. 2. Bezirk: Jürgens, Barbaroſſaſtr. 3a. Vortrag: „Mietrecht." Referent Genoſſe Hoelſe. 3. Bezirk: Zeugner, Grunewaldſtr. 36. Vortrag: „Altes und neues China." Referent Genoſſe Falk. 4. Bezirk: Will, Martin-Luther-Str. 69. — **78. Abt.** 2. und 3. Bezirk: Gruna, Geßlerſtr. 13. Vortrag: „Der Kampf um die politiſche Macht." Referent Georg Wendt. 4. bis 6. Bezirk: Groß, Sedanſtr. 17. Vortrag: „Deutſchland, das Land der Kartelle." Referent Dr. Friedr. Hertneck. 7. Bezirk: Podrous, Sachſendamm Ecke Reichartſtraße. Vortrag: „Der Kampf um die politiſche Macht." Referent Robert Fendel. 8. Bezirk: Achtenhagen, Siedlung Lindenhof, Röblingſtraße. Vortrag: „Der Kampf um die politiſche Macht." Referent Eduard Zachert. M. d. L. 1. Bezirk: Zahlabend Sonnabend, 11. Juni, bei Wart, Sportkaſino, Monumenten- Ecke Hochkirchſtraße. Zu dem am Sonntag, 3. Juli, im Birkenwäldchen ſtattfindenden Volksfeſt ſind Karten im Vorverkauf von allen Bezirksführern und Kaſſierern erhältlich.

82. Abt. Steglitz. Zahlabende in den bekannten Lokalen.

83. Abt. Lichterfelde-Weſt. Lokal Reinh. Schmidt, Hindenburgdamm Ecke Roonſtraße. Vortrag des Genoſſen Bernhard Krüger.

Neukölln. 93. Abt. Die Zahlabende fallen aus mit Ausnahme des 95. und 99. Bezirks bei Prikow, Richardſtr. 53. Vortrag: „Wirtſchaftsfragen." Referent Willi Großmann. — **98. Abt.** Zahlabende. 107. und 108. Bezirk: Krüger, Kneſebeckſtr. 47. 109. Bezirk: Teich, Kneſebeckſtr. 135. 110., 111. und 112. Bezirk: Becker, Delbrückſtr. 36. 113. und 114. Bezirk: Gutmann, Mariendorfer Weg. Vortrag der Genoſſin Irma Fechenbach.

101. Abt. Treptow. Die Zahlabende fallen aus und finden am 15. Juni ſtatt.

105. Abt. Adlershof. Lokal Lehngut, Sedanſtr. 3. Berichterſtattung vom Parteitag. Berichterſtatter Paul Becker.

133. Abt. Buchholz. Roſſack, Hauptſtr. 71. Zahlabend.

134. Abt. Buch. Lokal Göpfert, am Bahnhof, Zahlabend. Wichtige Tagesordnung.

136. Abt. Reinickendorf-Oſt. Zahlabende. 1. bis 6. Bezirk: Uhlig Nachf., Reſidenzſtraße Ecke Schönholzer Weg. 7. bis 10. Bezirk: Steinbach, Schillerpromenade 48. 11. bis 14. Bezirk: Spindler, [illegible] Ecke Hanſaſtraße. 15. und 16. Bezirk: Neumann, Provinzſtr. 108. 17. bis 21. Bezirk: Brückner, Frühling- Ecke Provinzſtraße.

139. Abt. Tegel. Die Mitgliederverſammlung findet erſt am 22. Juni ſtatt.

142. Abt. Waidmannsluſt. Lokal Dreißig, Waidmannſtr. 4. Vortrag des Genoſſen Franz Waluga.

Nowawes. Die heute Abend bei Hiemke fällige Funktionärverſammlung findet nicht ſtatt. Nächſte Mitgliederverſammlung am Mittwoch, dem 15. Juni, 20 Uhr im Eiſenbahnhotel, Eiſenbahnſtraße 11.

Sport.

Tonani—Knappe gewinnen die 100 Kilometer!

Die geſtrigen Rennen bei Rütt.

Recht guten Beſuch konnte die geſtrige Veranſtaltung der Rütt-Arena aufweiſen. Für eine flotte Abwicklung der Wettbewerbe wußte Rütt wie immer zu ſorgen.

Intereſſant verlief das Rundenrekordfahren, das ſtarke Fahrer an den Start brachte. Fricke vermochte mit $15\,{}^{4}/_{10}$ Sekunden die beſte Zeit herauszufahren. Fricke hat alſo die gleiche Zeit erreicht wie Bob Spears-Auſtralien am 21. Juli 1926. Oßmella folgte mit $15\,{}^{7}/_{10}$ Sek. vor Rütt ($15\,{}^{8}/_{10}$ Sek.) und Ehmer ($15\,{}^{9}/_{10}$ Sek.). — Im Fliegerdreikampf trafen ſich Buſchenhagen, Rütt und Oßmella. Er wurde in drei Läufen zu je vier Runden mit Punktwertung ausgefahren. Im zweiten Lauf, der Buſchenhagen und Rütt zuſammenbrachte, machte „Oskar" einen groben Schnitzer, indem er in der letzten Runde die Auslaufkurve derartig hoch befuhr, daß Buſchenhagen leicht den Sieg für ſich buchen konnte. Die meiſten Punkte (4) hatte Oßmella, der einmal Buſchenhagen und einmal Rütt ſchlug. Den zweiten Platz belegte Buſchenhagen mit 3 P. vor Rütt (2 P.). — Die Hauptnummer des Programms bildete ein 100-Kilometer-Mannſchaftsfahren nach Sechstageart, das zwölf Mannſchaften am Start vereinigte. Alle 10 Kilometer (40 Runden) ging eine Doppelwertung vor ſich. Trotz der verhältnismäßig ſtarken Zuſammenſtellung des Feldes bekam das Publikum nur eine ernſte Jagd zu ſehen, aus der ſich vier Spitzenpaare herausſchälten. Nach Beendigung der achten Wertung (40 Klm.) ging der am geſtrigen Tage ſchwer fahrende Tonani los. Der Vorſtoß verpuffte, bis dann bravourös Koch loszog. Bald verloren Blank-Steinbach und Pohl-Martin je eine Runde. Später mußten auch Kühl-Wette daran glauben. Nach dem 50. Kilometer ergab ſich eine Spitzengruppe von Knappe-Tonani, Fricke-Krollmann, Kroll-Miethe und Koch-Frankenſtein. Zwiſchen dieſen vier Mannſchaften ſpielte ſich dann das Rennen ab. Blank-Steinbach lagen drei (ſie holten im Verlauf des Rennens eine Runde zurück) und Mühlbach-Maczinſki zwei Runden zurück. Pohl-Martin „ſchwammen" mit fünf Runden. Alle anderen Fahrer folgten mit einer Runde Rückſtand hinter der Spitzengruppe. Und dabei ſollte es bleiben! Tonani-Knappe ſiegten mit 50 P. vor Kroll-Miethe (35), Fricke-Krollmann (32) und Koch-Frankenſtein (26 P.). Die Sieger fuhren die 100 Kilometer in 2 Stunden 24 Minuten. Von den Fahrern, die eine Runde zurücklagen, hatten Tietz-Dewolf die meiſten Punkte (31). Kühl-Wette hatten 21, Ehmer-Kroſchel 20, Mühlbach-Maczinſki 14, Behrendt-Longardt 4 und Rieger-Junge 3 (!) Punkte geſammelt. — Erwähnt ſei noch die lebhaft akklamierte Ehrenrunde Emil Lewanows.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtſchaft: G. Klingelhöfer; Gewerkſchaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döſcher; Lokales und Sonſtiges: Fritz Karſtädt; Anzeigen: Th. Glocke; ſämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenſtraße 3.

Wochenend

ist eine schöne Sache, aber entzückend wird es erst, wenn dampfend die herrlich schmeckenden

Dörffler-Bouillonwürstchen
in Dosen von 2, 4 und 8 Paar, à 75 Gramm,
Dörffler Westfälische Bauernwürstchen
in Dosen von 3 und 6 Paar, à 100 Gramm,
Dörffler Bock mit Speckwürfeln
in Dosen von 2, 4 und 8 Stück, à 75 Gramm

abwechselnd zum Frühstück, Mittag und Abendessen erscheinen! Wer sich erholen, frisch, froh u. gestärkt heimkehren will, muß

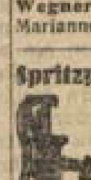
Dörffler Würstchen

mitnehmen, die überall erhältlich sind. Bitte auf den Namen zu achten und andere als Ersatz angebotene Fabrikate zurückzuweisen.

5

Wer probt, der lobt!
Vorzügliche Natur-
Butter 1.50
und 1.40 pro Pfund.
Wegner, Berlin SO
Mariannenstraße 34

Spritzpumpen



zum Reklamepreis v. 7 M. an [illegible] verkauft
Brüder & Lafton
[illegible], Berlin O. 17,
Alexanderstr. 14
[illegible]

Gerhard Kohnen
Das Haus
für Volkskleidung
und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Eisenmoorbad Wilsnack
(Berlin-Hambg.-Bahn). Erfolgreichstes Bad gegen Gicht, Rheuma, Ischias und Frauenleiden. Erfolg tausendfach bestätigt. Eröffnung 1. Mai 1927. Kurzeit ganzjährig. Prospekte durch die Badeverwaltung und diverser Reisebureaus.

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf
Billig und gut **Thaerstr. 40** Billig und gut
geöffnet von 8–3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8–7 Uhr
Schönhauser Allee 33 geöffnet von 8–1, 4–7 Uhr

Nur
echt in diesem
Original-Karton

„20 Jahre jünger" (ges. gesch.)
auch genannt
„Exlepäng"
(ges. gesch.). Gibt grauen Haaren die Jugendfarbe wieder. **„Exlepäng"** erhielt die Goldene Medaille 1913. Es färbt nach und nach, also unauffällig. Kein gewöhnliches Haarfärbemittel. Erfolg garantiert. **„Exlepäng"** ist wasserhell, schmutzt nicht u. färbt nicht ab, es fördert den Haarwuchs, wovon sich jeder Gebraucher selbst überzeugen kann. Vollständig unschädlich. Kinderleicht zu handhaben. Tausende Dankschreiben. Von Aerzten, Professoren usw. gebraucht und empfohlen. **„Exlepäng" ist durch seine vorzüglichen Eigenschaften weltberühmt.** Preis 7 Rmk. Für dunkle Haare und solche, welche die Farbe schwer annehmen „Extra stark", Pr. 12 Rmk. Nachahmungen weise man zurück. In Frisurgesch., Parfüm., Drog. u. Apoth. zu haben, wo im Schaufenster ausgestellt; wo nicht, zu haben direkt vom alleinig. Fabrikanten
Parfümeriefabrik Exlepäng
Hermann Schellenberg
Berlin N 65, Bornholmer Straße 7.
Export nach allen Weltteilen
Enthaarungs-Milch-Creme „EXEX"
ärztlich empfohlen. Tube 2 M. Gläsll. 7 M.
Exolin für Augenbrauen und Wimpern, unabwaschbar und unschädlich, Preis 5 M. und 7,50 M.

Alexanderplatz

Krause-Pianos
zur Miete
W 30, Ansbacherstr. 1

Blumenspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz,
vorm. [illegible]
Mariannenstraße 3,
Ecke Naunynstraße
Amt Moritzpl. 103 03.

Zur Neueinrichtung, Umzug oder Renovierung
ihrer Wohnung empfiehlt sich
Dekorateur Alfred Walter
Lager und Anfertigung von Dekorationen und Gardinen aller Art
Bett-, Tisch- u. Diwandecken
äußerst billig nur
Neukölln, Selchower Str. 6
II. Etage, Kein Laden! Tel. Nkl. 2529

Konkurrenzlos!!!

Metallbetten	10.50	an
mit Polsterauflagen	20.—	„
Sofa	50.—	„
Schlaf-Chaiselongues	24.—	„
Chaiselongue-Decken	7.—	„
Wandbehänge	3.—	„
Patentmatratzen	9.—	„

Freisendung! Ratenzahlung!
Göhr, Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1.